Henning Hahn

Globale Gerechtigkeit

Eine philosophische
Einführung

campusSTUDIUM

Inhalt

1. Einleitung: Zur Theoriebildung globaler Gerechtigkeit	11
1.1 Moralische vs. politische Gerechtigkeit.....	14
1.2 Globale Gerechtigkeitspflichten.....	18
1.3 Globale soziale Gerechtigkeit	24
1.4 Zur Systematik der Einführung.....	30
2. Verantwortung für globale Armut	33
2.1 Globale Armut als moralische Herausforderung: Peter Singer.....	37
2.2 Globale Armut als Gerechtigkeitsproblem: Thomas Pogge.....	44
2.3 Globale Pflichten und nationale Verantwortung: David Miller.....	50
2.4 Politische Verantwortung: Iris Marion Young.....	55
3. Globaler Kontraktualismus	65
3.1 Vom Rechtsfrieden zum Weltbürgerrecht: Immanuel Kant.....	70
3.2 Die Vision einer komplementären Weltrepublik: Otfried Höffe	75
3.3 Eine Grundcharta der Völkergemeinschaft: John Rawls	85

4. Gerechtigkeitstheoretischer Kosmopolitismus	95
4.1 Weltweite Verteilungsgerechtigkeit: Charles Beitz und Thomas Pogge	103
4.2 Ein globales Menschenrechtsregime: Martha Nussbaum	113
4.3 Weltinnenpolitik ohne Weltrepublik: Jürgen Habermas	126
4.4 Vom Staatsbürger- zum Weltbürgerrecht: Seylah Benhabib	141
4.5 Ein globales Grundrecht auf Rechtfertigung: Rainer Forst	148
5. Gerechtigkeitstheoretischer Partikularismus	159
5.1 Von der Ohnmacht globaler Gerechtigkeit: Hans J. Morgenthau und Kenneth N. Waltz	165
5.2 Liberaler Nationalismus: David Miller	174
5.3 Der Staat als Domäne sozialer Gerechtigkeit: Thomas Nagel	182
6. Ausblick: Politischer Kosmopolitismus ohne Alternative?	190
Literatur	199
Register	210

1 Einleitung: Zur Theoriebildung globaler Gerechtigkeit

Globale Herausforderungen

Im Zuge einer sich beschleunigenden Globalisierung sind wir mehr denn je mit weltumgreifenden Problemen konfrontiert. Ob es sich dabei um Armut in Afrika, Überbevölkerung in Südostasien, ausbeuterische Arbeitsverhältnisse in Mittelamerika, Kohlendioxidemissionen in den USA, Agrarsubventionen in Europa oder den Raubbau an Bodenschätzen in der Arktis handelt: Unabhängig von unserem Wohnort gehen uns diese Probleme etwas an, sei es unmittelbar, weil wir ihre ökonomischen oder politischen Folgekosten bezahlen, sei es mittelbar, weil sie uns moralisch betroffen machen. Medien und Immigranten transportieren das Leid der ganzen Welt zu uns; Klimawandel und zuletzt Finanzkrise haben uns vor Augen geführt, dass wir *eine* Lebenswelt teilen. Entscheidungen, die in fernen Teilen des Globus gefällt werden, wirken sich bis in unseren Alltag hinein aus. Kurz, wenn politische Philosophen und Theoretiker zunehmend Fragen globaler Gerechtigkeit in den Blick nehmen, ist dies keinesfalls der Ausdruck einer moralisierenden Schwärmerei, sondern ein Erfordernis unserer Zeit und eine notwendige Reaktion auf die zunehmende Verflechtung unseres Zusammenlebens.

Trotzdem geht es vielen noch zu weit, von *globaler* Gerechtigkeit zu sprechen. Denn der Ausdruck »globale Gerechtigkeit« scheint bereits einige strittige begriffliche Weichenstellungen vorwegzunehmen. Vor allem evoziert er, dass Gerechtigkeitsfragen keine Grenzen kennen. Wer globale Gerechtigkeit fordert, für den scheinen sich Gerechtigkeitsfragen von vornherein auf den gesamten Planeten Erde zu erstrecken. Es schwingt darin ein Zweifel mit, dass sich Gerechtigkeitsforderungen nur in Hinsicht auf politische Gemeinschaften

stellen lassen. Um dieser Entgrenzung des Gerechtigkeitsbegriffs vorzubeugen, sprechen viele Autoren bevorzugt von *internationaler* Gerechtigkeit. Aber auch diese Redeweise ist nicht neutral, sondern nimmt bereits normative Voreinstellungen vor. Wer von internationaler Gerechtigkeit spricht, zeigt damit an, dass wir vom Nationalstaat als ursprünglichem Kontext der Gerechtigkeit ausgehen sollten. Aus dieser Sicht stellen sich Gerechtigkeitsfragen vorwiegend innerhalb einzelner Nationalstaaten und insoweit wir es mit staatsübergreifenden Problemen zu tun haben, bleibt es Sache der einzelnen Staaten, verbindliche Normen auszuhandeln.¹ In dieser am Nationalstaat orientierten Theorie internationaler Beziehungen ist Gerechtigkeit auf völkerrechtliche Grundprinzipien beschränkt, oft mit dem Ziel, eine internationale Friedensordnung zu ermöglichen.

Globale Gerechtigkeit als neues Paradigma

Die Theorie internationaler Beziehungen und das damit verbundene Primat des Nationalstaats hat das Nachdenken über Gerechtigkeit lange dominiert. Mit Blick auf die Theorieentwicklung der letzten Jahre hat sie allerdings ihren Alleinvertretungsanspruch verloren. Dies hat vor allem damit zu tun, dass die Theorie internationaler Beziehungen auf einem Modell mehr oder weniger unabhängiger Nationalstaaten aufruft, mitunter auf eben jenem Weltbild, das im Zuge der Globalisierung mehr und mehr erodiert.² Heute steht der souveräne Einzelstaat im besonderen Maße unter Druck. Seine *innere Souveränität*, also das Vermögen eines Staates, soziale Regeln innerhalb seines Territoriums durchzusetzen, wird durch die ökonomische Globalisierung unterlaufen. Dezentrale Finanzströme entziehen sich staatlicher Regulierung mit derselben Flexibilität, mit der multinationale Konzerne ihre Produktionsstandorte wechseln. Was die *äußere Souveränität* von Nationalstaaten, also die Fähigkeit, ihre Verteidi-

1 Vgl. die Diskussion in Mertens (2005).

2 Entsprechend kritisiert Buchanan (2000), dass Rawls eine Theorie für eine bereits im Auflösen begriffene Weltordnung entwickelt hat; Julius (2006) stellt die provozierende Frage, ob Nagels Atlas noch auf dem neuesten Stand ist; und Fraser (2009) diagnostiziert insgesamt eine post-westfälische Welt.

gungs- und Sicherheitsinteressen aus eigener Kraft zu realisieren, betrifft, hat eine lange wie grausame Geschichte kontinentaleuropäischer Kriege gezeigt, dass die Idee eines Kräftegleichgewichts souveräner Staaten ein zerbrechliches Ideal darstellt. Im Atomzeitalter und noch viel mehr in einer Zeit, in der der Terrorismus global agiert und Kriege neu definiert, stehen Staaten vor kategorial neuen Herausforderungen, die nachhaltig nur durch eine globale Friedensordnung in den Griff zu bekommen sind.³

Vor dem Hintergrund dieser inneren und äußeren Schwächung des Nationalstaats lässt sich auf der Theorieebene eine Verschiebung von internationaler hin zu globaler Gerechtigkeit diagnostizieren. Dieser Entwicklung Rechnung tragend habe ich für diese Einführung den Ausdruck »globale Gerechtigkeit« als Oberbegriff gewählt, auch wenn sie eine Reihe von Ansätzen umfasst, die weiter am Nationalstaat modelliert sind wie die von John Rawls (Kap. 3.3), David Miller (Kap. 5.2) oder Thomas Nagel (Kap. 5.3). Bemerkenswert ist jedenfalls, dass diese Theorien in eine defensive Position geraten sind. Heute trägt die Theorie internationaler Beziehungen die Beweislast, dass sie den spezifischen Problemen einer sich ausdifferenzierenden Globalisierung gerecht werden kann. Sie muss sich vor dem Hintergrund eines neuen Paradigmas rechtfertigen, nämlich vor dem Paradigma globaler Gerechtigkeit.

Die fortschreitende Entgrenzung von Gerechtigkeitsproblemen zeigt sich auch und gerade mit Blick auf die politische Landkarte. Bildlich gesprochen sind die Nationalgrenzen auf dem Globus blasser geworden, während sie durch die Schraffur supranationaler Verbände wie der Europäischen Union (EU) überlagert werden. In einigen übergeordneten sicherheitspolitischen und ökonomischen Politikfeldern haben sich zudem globale Institutionen wie die Vereinten Nationen (UNO), die Weltbank, die Welthandelsorganisation (WTO) oder die Weltgesundheitsorganisation (WHO) herausgebildet, die nahezu alle Nationalstaaten in derselben Kontur erscheinen lassen.

Dies bedeutet keinesfalls, dass der Nationalstaat obsolet geworden ist. Im Gegenteil, gerade die politische Globalisierung hat in den letzten Jahrzehnten zum Wiedererstarken nationaler Identitäten und

3 Vgl. dazu Münkler (2002).

zur Sezession neuer Nationalstaaten in Osteuropa geführt. Jede seriöse Theorie globaler Gerechtigkeit wird den Nationalstaat daher weiterhin als unverzichtbare Domäne der Gerechtigkeit anerkennen. Die einleitend genannten Probleme wie Menschenrechtsverletzungen, Klimawandel oder Terrorismus beginnen aber die Regelungskompetenz einzelner Nationalstaaten zu übersteigen, so dass eine Perspektivenverschiebung von internationaler hin zu globaler Gerechtigkeit erforderlich erscheint.

1.1 Moralische vs. politische Gerechtigkeit

Hinwendung zur politischen Gerechtigkeit

Die Frage, was Gerechtigkeit ist, hat im Laufe der Theoriegeschichte einen reichhaltigen Strauß von Antworten hervorgebracht. Es ist hier nicht der Ort für eine begriffsgeschichtliche Bestandsaufnahme. Aber einige systematische Unterscheidungen im Gerechtigkeitsbegriff werden uns helfen, die in den folgenden Kapiteln dargestellte Theoriedebatte besser zu verstehen. Die wichtigste und zugleich problematischste Unterscheidung ist die zwischen einer moralischen und einer politischen Gerechtigkeitskonzeption. Grob gesagt, drückt die *moralische Gerechtigkeitskonzeption* ein Verständnis von Gerechtigkeit aus, nach dem *jede* Form vermeidbaren menschlichen Leidens als ungerecht zu bezeichnen ist. Diesem Verständnis zufolge sind Gerechtigkeit und Moral nahezu koextensive Begriffe, das bedeutet, es kommt in etwa aufs Gleiche hinaus, ob wir einen Missstand als ungerecht oder als unmoralisch bezeichnen. Die *politische Gerechtigkeitskonzeption* begreift Ungerechtigkeit dagegen als ein ganz bestimmtes, nämlich als ein durch politische Beziehungen hervorgebrachtes Missverhältnis. Politische Gerechtigkeit bezieht sich damit allein auf solche zwischenmenschlichen Verhältnisse, die über spezifisch politische Praktiken und Institutionen geregelt werden. Gerechtigkeitsfragen stellen sich dann per Definition nur innerhalb politischer Körperschaften.